

**Antrag
Fraktion der SPD**

**Blankensteinpark Blankenfelde nunmehr den veränderten
Nutzungsbedingungen anpassen**

Das Bezirksamt wird ersucht, die wohnungsnaher Grünanlage Blankensteinpark wieder als gepflegte und für alle BürgerInnen nutzbar zu machen.

Dazu soll das Bezirksamt:

a. gemeinsam mit den Bürgerinitiativen sowie AnwohnerInnen und Interessierten ein Konzept zur Umsetzung eines Nachbarschaftsprojektes für Gemeinschaftsgärten entwickeln.

b. gemeinsam mit sowie AnwohnerInnen und Interessierten ein Konzept zur Schaffung von ungedeckten Sportflächen entwickeln.

c. in konsequenter Fortführung des Beschlusses der BVV (Drucksache VIII-0156 vom 28.06.2017) dafür sorgen, dass die unterschiedlichen Nutzergruppen und -interessen durch gestalterische Mittel wieder zu einem friedlichen Miteinander finden. Durch eine mit den in a. und b. genannten Initiativen und Interessierten erfolgte Abstimmung und Priorisierung der Bedarfe ist eine stufenweise Entwicklung und Qualifizierung des Parks mit Angeboten zur Befriedigung der im „Entwicklungskonzept soziale und grüne Infrastruktur Pankow“ festgestellten Bedarfe zu ermöglichen.

d. die erarbeiteten Ergebnisse im Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen vorstellen und anschließend gemeinsam mit den Initiativen umsetzen und insbesondere die vorhandenen oder sich noch gründenden Initiativen unterstützen.

SPD-Fraktion, Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung:

Die umliegenden Wohngebiete und Kieze sind durch eine hohe Anwohner- und Bebauungsdichte gekennzeichnet. Zudem sind die umliegenden Wohngebiete geprägt von jungen Familien, Kindern und Jugendlichen, Menschen aus unterschiedlichsten Kulturräumen sowie vielen älteren Menschen, welche bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind.

Die BVV Pankow geht davon aus, dass die BürgerInnen den Blankensteinpark künftig vermehrt als Erholungs- und Begegnungsstätte nutzen werden. Ein Mischkonzept, wie von den o.g. Initiativen vorgestellt, kann dieser Entwicklung gerecht werden, die Fläche einer anwohnergerechteren Nutzung zuzuführen und die Unterversorgung verschiedener im Entwicklungskonzept soziale und grüne Stadt Pankow festgestellten Bedarfe decken. Durch offene und zugleich strukturierte Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten werden die soziale Infrastruktur und das soziale Miteinander gestärkt. Das entspricht den Zielen einer nachhaltigen Stadtplanung. Besonders geeignet für die Vernetzung

von Generationen und Kulturen ist die Errichtung eines Gemeinschaftsgartens.

Aus dem Austausch mit den Bürgerinitiativen Kunst & Gemüse und Hauptstadt Beacher e.V. liegen bereits Vorstellungen zur Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders vor. So können spezifische Angebote für gemeinsame Aktivitäten und Treffpunkte für den Austausch und die Unterstützung in einzelnen Lebenslagen sowie generationsübergreifende Synergien entstehen. Mit der aktiven Nutzung des Blankensteinparks als Gemeinschaftsgarten kombiniert mit den oben genannten Sportangeboten, welche sich ebenfalls an verschiedene Zielgruppen richten, kann dieser den BürgerInnen wieder als eine für alle nutzbare Grünfläche zur Verfügung stehen und gleichzeitig einen Teil zur Deckung der gesellschaftlichen Bedarfe an Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen sowie zur Integration von Geflüchteten beitragen.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Mit sicherem Schwung über die Kreuzung – Anlehnbügel/Festhaltebügel für Radfahrende in Pankow einrichten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, ein Pilotprojekt zur Einrichtung von sog. „Anlehnbügel/Festhaltebügel“ für Radfahrende einzurichten und zu starten. Hierzu soll zunächst eine ausgewählte Straßenkreuzung des Bezirks zur Einrichtung entsprechend angepasst werden, die sich gerade im Umbau bzw. künftig in der Planung zur Anlage einer neuen Radverkehrsanlage befindet. Bei der Umsetzung und Finanzierung soll der zuständige Senat das Vorhaben unterstützt herangezogen werden und eine Beteiligung an den Kosten leisten.

SPD-Fraktion, Anna H. Moreno, Roland Schröder

Begründung:

Hat ein Radfahrer Rot, muss er nicht mehr absteigen, sondern kann sich abstützen und zugleich den ausreichenden, aber sicheren Schwung zur zügigen Querung der Kreuzung erlangen. Ein schnelles und sicheres Anfahren der Radfahrenden an den Kreuzungen trägt nicht nur zu einem zügigen Verkehrsfluss bei, sondern bietet unter Umständen auch mehr Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Solche Anlehnbügel stellen zugleich eine optische und tatsächliche Begrenzung zum Straßenbereich der Zu Fuß Gehenden und Radfahrenden dar. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) unterstützt die Idee. Viele andere Städte, wie Kopenhagen, Ulm, Stuttgart oder Hamburg haben bereits verschiedene Modelle der Festhalttestangen bzw. „RadHalte“ an Ampeln im Innenstadtbereich eingeführt und für sinnvoll befunden.

Antrag

SPD-Fraktion

Gewerbe trifft Ämter – Ämterübergreifende Runde und Handreichung initiieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, eine ämterübergreifende Strategie/Vereinbarung zur Sicherung und zum Umgang mit Kleinstgewerbe und Kleinselbständigen im Bezirk Pankow unter der Federführung der Wirtschaftsförderung zu erarbeiten. Schwerpunkt der Strategie/Vereinbarung soll u.a. die Verbesserung der Zusammenarbeit/des Zusammenwirkens der verschiedenen Ämter in der Beratung, Begleitung und Koordinierung der Anliegen von Kleinst-Selbständigen und kleinen Betrieben im Bezirk sein. Unter dem Titel „Gewerbe trifft Ämter“ (Arbeitstitel) soll eine regelmäßige Austauschrunde zwischen Gewerbe und Ämtern initiiert werden. Die Auswahl der teilnehmenden Gewerbetreibenden kann hierbei nach bestehenden Initiativen oder orientiert an Geschäftsstraßen erfolgen. Begleitend soll neuen Gewerbetreibenden ein Flyer mit Ansprechpartnern im Bezirk und den wichtigsten Richtlinien sowie Hinweisen für den Start an die Hand gegeben werden.

SPD-Fraktion, Anna H. Moreno, Roland Schröder

Begründung:

Die Gewerbetreibenden wünschen sich eine bessere Koordinierung der Ämter im Rahmen der Gründungsvorhaben, der Beratung, der Betreuung und Begleitung. Häufig sind Ansprechpartner nicht bekannt oder Prozesse, wie die Ausstellung einer Parkvignette für Gewerbetreibende, dauern schlicht zu lang. Ziel sollte vielmehr sein, dass die Ämter besser bei der Beratung von Unternehmen zusammenwirken, so dass die Unternehmen nicht mit jedem Amt einzeln den Kontakt suchen müssen.

Hier soll eine regelmäßige Gesprächsrunde zwischen Ämtern und Gewerbetreibenden für gegenseitiges Verständnis und für Kenntnis der Problemlagen sorgen. Ansprechpartner und die wichtigsten Hinweise sollen in einem Flyer zusammengefasst werden und den Gewerbetreibenden zugänglich gemacht werden.

**Antrag
Fraktion der SPD**

Verstärkte Nutzung des Jobportals der Berliner Verwaltung

Die BVV möge beschließen:

Das BVV wird ersucht, das Jobportal der Berliner Verwaltung für alle in der Pankower Bezirksverwaltung zu besetzenden Stellen zu nutzen.

SPD-Fraktion, Annette Unger, Roland Schröder

Begründung:

Das <https://www.berlin.de/karriereportal/stellen/jobportal/stellenangebote.html> auf der Internetseite Jobportal der Berliner Verwaltung ist eine naheliegende Anlaufstelle für an einer Stelle in der Berliner Verwaltung Interessierte. Obwohl das Bezirksamt wiederholt über Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen berichtete, sind auf dieser Internetseite nur drei Angebote des Pankower Bezirksamtes hinterlegt (Stand: 03.02.19). Andere Bezirksverwaltungen bieten ein deutlich umfangreicheres Stellenangebot im Jobportal an (teilweise über zwanzig) und können so mehr potentielle Interessent*innen ansprechen, die mangels Angeboten der Pankower Verwaltung davon ausgehen müssen, dass in unserem Bezirk kein Personalbedarf besteht.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Angebote der Mädchenarbeit in der Bezirksregion I schaffen

Die BVV Pankow möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, in der Bezirksregion I (Buch) Angebote der Mädchenarbeit zu schaffen und die räumlichen Voraussetzungen dafür sicherzustellen.

Die Angebote sollen sich an den von der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin herausgegebenen "Berliner Leitlinien zur Verankerung der geschlechtsbewussten Ansätze in der pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe" orientieren.

SPD-Fraktion, Tannaz Falaknaz, Roland Schröder

Begründung:

Wie der kleinen Anfrage KA-0486/VIII „Angebote der reinen Mädchenarbeit im Bezirk“ zu entnehmen war, gibt es sowohl in vielen bezirklichen Jugendfreizeiteinrichtungen als auch in vielen Projekten von freien Trägern der Jugendhilfe keine Angebote, die sich explizit an Mädchen und jungen Frauen als Zielgruppe richten. Somit ist die Mädchenarbeit in etlichen Einrichtungen nicht verankert. Das Bezirksamt stellte hierbei besonders in der Bezirksregion I einen hohen Bedarf an der Mädchenarbeit fest. Ebenfalls wurde ein Angebot insbesondere auch mit Hinblick auf die jungen Menschen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund und deren Bedürfnisse als dringend notwendig beschrieben. Grundsätzlich wurde in der Beantwortung der kleinen Anfrage der Bedarf an offener Jugendarbeit als Angebotsform für Mädchen als sehr hoch eingeschätzt. Den fehlenden Angeboten der Mädchenarbeit insbesondere in der Bezirksregion I zu begegnen, ist nicht nur vor dem Hintergrund, dass die Gleichberechtigung im Grundgesetz verankert ist, relevant, sondern auch, weil es besondere Bedarfe in der sozialpädagogischen Arbeit mit dieser Zielgruppe gibt. Die „Berliner Leitlinien zur Verankerung der geschlechtsbewussten Ansätze in der pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe“, welche von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) nach § 78 SGB VIII „Geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe“ herausgegeben worden sind, sollen unterstützend hinzugezogen werden.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Musikalische Früherziehung fördern – Kooperationen zwischen Musikschule und Kitas ausbauen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, Kooperationen zwischen der Musikschule Béla Bartók und Kindertagesstätten schrittweise auszubauen und dauerhaft zu verstetigen mit dem Ziel die musikalische Früherziehung von Kindern bereits vor dem Schuleintritt zu fördern. Dabei soll sich das Bezirksamt am Lichtenberger Modell orientieren.

Zudem wird das Bezirksamt ersucht, Kooperationen zunächst in Bezirksregionen Pankows mit einem geringen Versorgungsgrad mit Angeboten der Musikschule auszubauen, beispielsweise in Buch, Karow, Rosenthal, Wilhelmsruh, Französisch-Buchholz und Blankenburg.

SPD-Fraktion, Stephanie Wölk, Roland Schröder

Begründung:

Der Ausbau der Kooperationen zwischen der Musikschule Béla Bartok und den Kindertagesstätten stellt eine wichtige Ergänzung der Pankower Kultur- und Bildungslandschaft dar und ist zudem eine geeignete Maßnahme, um bisher bestehende Versorgungslücken, insbesondere in den nördlichen Bezirksregionen, entgegenzuwirken.

Die musikalische Früherziehung (MFE) ermöglicht Kindern, sich vor dem Schuleintritt intensiv mit Musik und Tanz auseinanderzusetzen. Dabei werden Erkenntnisse von Neurophysiologen und Musikpädagogen zu Grunde gelegt, die aufzeigen, dass eine frühzeitige musikalische Förderung von Kindern einen positiven Beitrag zur Entwicklung ihrer kognitiven Fähigkeiten und sozialen Verhaltensweisen leistet, wie mitunter Steigerung der Lern- und Leistungsmotivation, Kompensation von Konzentrationsschwächen, Förderung musikalischer Leistung und Kreativität sowie Verbesserung der emotionalen Befindlichkeit. Außerdem kann die frühzeitige musikalische Förderung bei Kindern das Interesse wecken, sich auch nach der MFE weiter mit Musik zu beschäftigen und ein Instrument zu erlernen. Durch die Kooperationen zwischen Musikschule und Kindertagesstätten sollen insbesondere auch Kinder aus bildungsfernen Schichten und/oder aus Familien mit geringem Einkommen an der kostenlosen musikalischen Früherziehung teilhaben können.

Das seit 10 Jahren bestehende Kooperationsmodell aus Lichtenberg zeigt, dass das Angebot nicht nur sehr gut angenommen wird, sondern zudem auch finanziell tragbar ist. Derzeit bestehen in Lichtenberg Kooperationen mit ca. 50 Kindertagesstätten. In ca. 300 Jahreswochenstunden unterrichten Dozenten der Musikschule etwa 3000 Kinder, in Gruppen von 10-16 Kindern, kostenlos vor Ort in den Kindertagesstätten, die dazu die Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung stellen. Pro Kita sind es vier bis fünf Kurse. Das Angebot lässt sich im Leistungsbudget der KLR komplett abdecken. Zudem wird die UE mit 45 Euro vom Land Berlin bezuschusst.

Antrag
SPD-Fraktion

Prüfstein „Auswirkungen/Unterstützung Digitalisierung“ in die Vorlage zur Kenntnisnahme aufnehmen.

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, in die Formvorlage der bezirklichen „Vorlage zur Kenntnisnahme (VZK)“ den Prüfstein „Auswirkungen/Unterstützung Digitalisierung“ aufzunehmen. Durch Aufnahme des Prüfsteins sollen bezirkliche Prozesse/Arbeitsschritte auf ihren Digitalisierungsgrad hin überprüft werden und der potenzielle Unterstützungsgrad im Falle einer Digitalisierung der jeweiligen Prozesse abgeschätzt werden.

SPD-Fraktion, Anna H. Moreno, Roland Schröder

Begründung:

Bezirkliche Prozesse und Arbeitsschritte des Bezirksamtes, welche durch Anträge initiiert werden, sollen künftig auch hinsichtlich ihres Digitalisierungsgrades hin überprüft werden und dies in den jeweiligen Vorlagen zur Kenntnisnahme (VZK) unter einem eigenen Prüfpunkt festgehalten werden.

Zudem soll geprüft bzw. festgehalten werden, inwieweit eine Digitalisierung hier zu einer Optimierung der Prozesse bzw. der Arbeitsschritte beitragen könnte.

Antrag
SPD-Fraktion

Scheiben des BVG Wartehäuschens U-Bhf. Eberswalder Straße mit Aufdrucken versehen

Die BVV Pankow möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, die BVG aufzufordern, das Wartehäuschen an der Haltestelle U-Bahnhof Eberswalder Straße an der Kastanienallee stadtauswärts mit deutlich erkennbaren Aufdrucken zu versehen.

SPD-Fraktion, Tannaz Falaknaz, Roland Schröder

Begründung;

An der Haltestelle kam es während des dunklen Winters vermehrt zu Unfällen von älteren Tramnutzer*innen, welche die nichtbedruckte Scheibe des Wartehäuschens nicht als Scheibe wahrgenommen haben und bei der eiligen Absicht, die dort stehende Bahn zu bekommen, mit der Scheibe kollidiert sind. Bedruckte Scheiben mindern das Risiko, dass es erneut zu ähnlichen Unfällen kommt.

Antrag

SPD-Fraktion

Aktuelle Wartezeiten und Anzahl der Wartenden ohne Termin in Bürgerämtern online verfolgen

Die BVV Pankow möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die Berliner Bezirke gemeinsam ein Verfahren entwickeln, welches darauf abzielt, dass Bürger*innen ohne Termin künftig online die Wartezeiten der jeweiligen Bürgerämter und die Anzahl der zu wartenden Bürger*innen verfolgen können. Auf den jeweiligen Seiten soll demnach über die aktuelle Wartezeit und über die Anzahl der zu wartenden Bürger*innen informiert werden. Erster Anknüpfungspunkt könnte hierbei das vom Senat geplante „Intelligentes Terminmanagementsystem“ sein.

SPD-Fraktion, Tannaz Falaknaz, Annette Unger, Roland Schröder

Begründung:

Ein Besuch beim Bürgeramt ist oft mit Wartezeiten verbunden. Unter den vielen Wartenden sind auch viele Bürger*innen, die ohne Termin den oftmals langen Weg zum Bürgeramt auf sich genommen haben, ohne zu wissen, wie viel Zeit es einzuplanen gilt und ob die Anmeldung und Bearbeitung ihres Anliegens noch am selben Tag aussichtsreich ist. Eine Online-Einsicht soll nicht nur die Entscheidung zur Fahrt in ein bestimmtes Bürgeramt beeinflussen, sondern auch navigieren können, in welchen anderen benachbarten Bürgerämtern aktuell wenig Menschen warten. Daher ist das Einsehen der Wartezeiten im Bürgeramt erst dann als maximal effektiv zu bewerten, wenn sich auch die Bürgerämter anderer Bezirke beteiligen. Zudem entlastet diese Art der Koordinierung die Mitarbeiter*innen der Bürgerämter.

**Antrag
SPD-Fraktion**

Gute Arbeit in zuwendungsgeförderten Projekten

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. die bisherigen Erfahrungen bei der Anpassung von Personalkosten zur tarifgerechten Bezahlung in zuwendungsgeförderten Projekten im Bezirk auszuwerten,
2. möglichst einheitliche Kriterien in allen Bereichen für die Bewertung einer tarifgerechten Bezahlung und für die Anpassung der bezirklichen Förderung zu entwickeln (z.B. Bestandteile der zu berücksichtigenden Personalkosten, Zeitpunkt der Erhebung der tatsächlichen Personalkosten, berufliche Qualifikation der Beschäftigten und deren tarifvertragliche Eingruppierung und Einstufung, Möglichkeiten von Eigenanteilen der Projekte, Zeitpunkt der Anpassung der Personalmittel, Umgang mit nicht verausgabten Mitteln und oder bei möglichen Mittelrückforderungen)
und
3. der BVV für die Aufstellung des Bezirkshaushalts 2020/2021 hinsichtlich der zuwendungsgeförderten Projekte ein Verfahren vorzuschlagen, dass die Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Projekten entsprechend des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ermöglicht.

SPD-Fraktion, Roland Schröder, Thomas Bohla

Begründung:

Der Bezirk Pankow unterstützt im Rahmen seiner Möglichkeiten seit 2016 zuwendungsgeförderte Projekte mit dem Ziel einer tarifgerechten Bezahlung besonders durch die Bereitstellung zusätzlicher bezirklicher Haushaltsmittel für Personalkosten. Seit 2017 stellt auch der Senat zusätzliche Mittel zur Schließung der Tariflücke zur Verfügung. Maßstab ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Die Tarifautonomie der Vertragsparteien ist zu beachten. Die Bezirksverwaltung kann innerhalb der bezirklichen Förderung immer nur den Rahmen für eine tarifgerechte Bezahlung in den Projekten setzen.

Es gibt für die Umsetzung einer tarifgerechten Bezahlung zwei Phasen. Im Rahmen der Aufstellung des Bezirkshaushaltsplans müssen den Bereichen mit zuwendungsgeförderten Projekten durch die Bezirksverordnetenversammlung entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. In der Haushaltsdurchführung müssen dann in den jährlichen Zuwendungen für die einzelnen Projekte die Personalkosten für tarifgerechte Lohnzahlungen berücksichtigt werden.

Dafür bedarf es genauerer Kriterien für die Bezirksverwaltung und für die Projekte selbst, nach einem möglichst einheitlichen Verfahren.

Bisher erfolgte die Umsetzung auf unterschiedliche Art und Weise. Auch die Grundlagen für die Anpassung der Personalkosten in den einzelnen Bereichen des Bezirksamts und in den einzelnen Projekten divergieren; besonders in folgenden Punkten:

- Bestandteile der zu berücksichtigenden Personalkosten (teilweise mit Personalnebenkosten wie Lohnbuchhaltung, mit und ohne Jahressonderzahlungen)
- Zeitpunkt der Erhebung der tatsächlichen Personalkosten als Grundlage

- berufliche Qualifikation der Beschäftigten und deren tarifvertragliche Eingruppierung, besonders bei sog. Haustarifen
- Berücksichtigung der einzelnen Beschäftigungsdauer und der entsprechenden Erfahrungsstufen im TV-L
- unterschiedliche Möglichkeiten von Eigenanteilen der Projekte bei den Personalkosten
- Zeitpunkt der Anpassung der Personalmittel durch die bezirkliche Förderung
- Umgang mit bezirklichen Mitteln für Personalkostenanpassung, die nicht verausgabt werden oder bei möglichen Rückforderungen und Rückfluss an den Zuwendungsgeber

Des Weiteren wurde bei der Haushaltsplanaufstellung durch die BVV und bei der Haushaltsdurchführung durch das Bezirksamt sowie bei den zusätzlichen Mitteln des Senats der Schwerpunkt fast ausschließlich auf die Schließung der Tariflücke gelegt. Bei Alleinbetrachtung von Projekten ohne tarifgerechte Bezahlung sind Projekte von tariftreuen Arbeitgebern teilweise benachteiligt. Die Schließung der Tariflücke bleibt weiterhin Schwerpunkt. Zukünftig sollen aber auch Projekte mit tarifgerechter Bezahlung besser berücksichtigt werden.